

Der russische Rückzug aus der Oblast Charkow als "Gamechanger"

28 Sep. 2022 15:50 Uhr

Wurde das russische Militär von der ukrainischen Offensive im Raum Charkow "kalt erwischt"? Weil daraus eine strategische Neuorientierung Russlands resultierte, ist die Annahme naheliegend, dass der Vormarsch der Kiewer Truppen bewusst zugelassen wurde.



Quelle: Gettyimages.ru © Anadolu Agency / Kontributor

Blick auf eine zerstörte Brücke in der Region Staryi Saltiw in der Oblast Charkow, Ukraine, 23. September 2022.

Von Bernd Murawski

Militärexperten zufolge beruhte die Einnahme von Teilen der Oblast Charkow auf der **Absicht** Russlands, von Norden aus in Richtung Donezk vorzustoßen. Mancherseits wurde sogar die Vermutung geäußert, die Armeeführung würde das Gros der ukrainischen Streitmacht, die sich im Donbass befand, von der westlichen Seite her einkesseln wollen. Ein solcher Plan erschien jedoch angesichts der begrenzten russischen Ressourcen wenig wahrscheinlich. Welche Ziele das russische Militär auch verfolgt haben mag, sie scheiterten an der mehrfach misslungenen Überquerung des **Sewerski Donez**. Obwohl das Gebiet im weiteren Verlauf der Militäroperation an Bedeutung verlor, wurden **Schritte unternommen**, es dem russischen Staat anzugliedern. Zu jener Zeit bestand erkennbar nicht die Absicht einer Aufgabe des Territoriums.

Die russische Militärführung konzentrierte sich im Donbass fortan auf die östliche Frontlinie, wo die eigenen Verbände jedoch nur allmählich vorankamen. Die während der vergangenen acht Jahre ausgebauten ukrainischen Verteidigungsstellungen erwiesen sich als derart massiv, dass sie nur schwer zu nehmen waren. Auch hier war das begrenzt verfügbare Personal und das damit einhergehende Bestreben, eigene Verluste gering zu halten, ein offensichtliches Hemmnis. Hinzu kamen **Erschöpfungserscheinungen** aufgrund seelischer Belastungen und fehlenden Urlaubs. Derweil konnte die ukrainische Armee ihre Personalstärke fortlaufend erhöhen, sodass sie – unterstützt durch Militärgerät und Söldner aus dem Westen – auf dem Schlachtfeld ein wachsendes Gegengewicht darstellte.

Trotz der Beteuerungen, dass der Vormarsch nach Plan verlaufen würde, dürfte sich in der russischen Führung Ungeduld breitgemacht haben, zumal sie unter zunehmendem Druck stand. Nicht nur Oppositionsparteien und Medien kritisierten die vermeintliche Halbherzigkeit der russischen Militäroperation, sondern auch ausländische Partner wie China **drängten** auf ein baldiges Ende des bewaffneten Konflikts.

Ende März schien der ursprüngliche Plan aufzugehen, Kiew durch eine Drohkulisse zum Einlenken in Friedensverhandlungen zu bewegen. Er wurde jedoch durch die westliche Intervention zunichte gemacht. Neben der Zusage massiver Militärhilfe gab es Drohungen eines Finanzentzugs, woraufhin sich die ukrainische Führung entschloss, Zusagen an die russische Seite zu widerrufen und die Verhandlungen auszusetzen. Würde der ukrainischen Führung erneut die Hoffnungslosigkeit der eigenen Lage vor Augen geführt werden, dann könnte sie zu einem Rückzug und einer Einstellung der Kampfhandlungen bereit sein. Da sich die Sanktionen für viele westliche Staaten als Bumerang erwiesen haben, könnte deren Reaktion diesmal anders ausfallen.

Erhöhung des russischen Militäreinsatzes

Nach eingehender Analyse der Lage ist der Kreml zu dem Entschluss gelangt, seine frühere Zurückhaltung aufzugeben und ein baldiges Ende des Konflikts zu erzwingen. Als Schritte in diese Richtung wurde zum einen die Aufstockung der eigenen Streitkräfte durch eine Teilmobilmachung beschlossen und zum anderen vermutlich die Übernahme von vier ukrainischen Oblasten in die Russische Föderation im Anschluss an Referenden vorbereitet.

Mittels der letztgenannten Maßnahme entsteht eine Grundlage, den Konflikt von einer "militärischen Spezialoperation" auf die Ebene eines "antiterroristischen Kampfes" zu heben. Da sich ukrainische Militäraktionen fortan gegen russisches Territorium richten würde, erschiene dann auch eine Bombardierung von dafür genutzten ukrainischen Kommandozentren, Transport- und Kommunikationswegen, Stromversorgung und übriger Infrastruktur als **zulässig**. Mittels einer solchen Drohung könnte Moskau eine Einstellung von jeglichen Angriffen sowie einen vollständigen Rückzug des ukrainischen Militärs aus jenen Gebieten militärisch erzwingen, die nach den Referenden Russland angegliedert werden.

Sollte dies das russische Ziel sein, wovon im Folgenden ausgegangen wird, dann ist es erforderlich, die "Heimatfront" auf eine solche militärische Eskalation einzustimmen. Insbesondere gilt es, die Bereitschaft der Reservisten zur Kriegsteilnahme zu stärken. Hierzu leisten die täglichen Berichte über den Beschuss ziviler Einrichtungen in Donezk und anderen "befreiten" Orten einen Beitrag. Dabei wird die zunehmende Verwendung von Abschussrampen westlicher Herkunft betont. Solche würden sich deshalb im

Einsatzgebiet befinden, weil die russische Armee bislang die zivile ukrainische Infrastruktur im Hinterland weitgehend intakt gelassen habe.

Ebenso stärken Kiews Drohungen gegen vermeintliche Kollaborateure und Meldungen über Gräueltaten im Zuge von "Strafoperationen" im Charkower Raum die Motivation in Russland, Maßnahmen zur Verteidigung der Rechte ethnischer Russen zu unterstützen. Zugleich erhöhten sie die Bereitschaft der Bewohner der ost- und südukrainischen Oblaste, an den Referenden der letzten Tage teilzunehmen und dabei für einen Anschluss an Russland zu votieren. Augenscheinlich hat der Rückzug aus der Oblast Charkow der russischen Seite mittelbar einen propagandistischen Sieg beschert. Angesichts der darauf folgenden Handlungen Kiews erschien es als nicht moralisch vertretbar, die Bürger der Oblaste Cherson und Saporoschje ukrainischer Willkür zu überlassen.

Gründe und Konsequenzen der Aufgabe des Charkower Gebiets

Dass die russische Armee vom ukrainischen Vormarsch überrascht wurde, ist angesichts der umfangreichen Aufklärung durch Satelliten, Drohnen, Spähtruppen und lokale Informanten wenig wahrscheinlich. Weil Zivilisten frühzeitig evakuiert wurden und sogar Medien über die ukrainische Truppenkonzentration [berichteten](#), ist die offizielle russische Erklärung nicht abwegig, dass der Rückzug beabsichtigt war und weitgehend planmäßig erfolgte. So hat nach Angaben eines Behördenvertreters aus Kupjansk etwa die Hälfte der 120.000 Bürger die Region vor der ukrainischen Übernahme verlassen können.

Angesichts der zuvor umgesetzten Maßnahmen, die auf eine Integration in den russischen Herrschaftsbereich abzielten, ist der Gebietsverlust für die Kreml-Administration zweifellos eine moralische Niederlage. Es wurden die Erwartungen von Bürgern enttäuscht, die zu Russland standen. Der erzwungene Rückzug der russischen Armee war letztlich dem begrenzten militärischen Potenzial geschuldet, sodass nicht die gesamte Frontlinie ausreichend gesichert werden konnte. Dabei galten der Donbass und die Oblaste entlang der Schwarzmeerküste offenbar aus strategischer und wirtschaftlicher Sicht als bedeutsamer. Jedoch können auch andere Motive eine Rolle gespielt haben.

So gab es vor der Entscheidung, die Referenden abzuhalten, [mehrere Umfragen](#). Die russischen Initiatoren wollten verständlicherweise sichergehen, dass die Beteiligung ausreichend hoch sein und der Anschluss an Russland von einer Mehrheit unterstützt werden wird. Vielleicht gab es Befürchtungen, dass die Bürger im russisch-kontrollierten Teil der Oblast Charkow "falsch" oder gar nicht abgestimmt hätten. Gravierender war wohl der Tatbestand, dass ein bedeutender Bevölkerungsteil frühzeitig in Richtung Charkow evakuiert wurde, was die Repräsentativität des Ergebnisses stark beeinträchtigt hätte. Anders als im Süden der Ukraine gab es nämlich, besonders in der größten Stadt Isjum, schwere Kämpfe und starke Zerstörungen, worauf ein Exodus der dort lebenden Bevölkerung folgte.

Die eigenen Bürger waren nicht die einzigen, die von der Notwendigkeit eines umfassenderen militärischen Vorgehens überzeugt werden mussten. Der militärische Rückschlag im Charkower Raum dürfte ebenso für die Bemühungen Wladimir Putins dienlich gewesen sein, auf der SOZ-Konferenz in Samarkand [Rückendeckung](#) oder zumindest Verständnis für die russischen Pläne einer Teilmobilmachung und der Abhaltung von Referenden zu erhalten. Für wie wichtig die Moskauer Führung die Unterstützung durch die dort versammelten Staatslenker der Schanghaier Organisation erachtete, ist daran abzulesen, dass sie sich mit ihrem Beschluss erst danach an die Öffentlichkeit wandte.

Günstigere Bedingungen für einen Waffenstillstand

Schließlich bot die Einnahme der Charkower Region dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij die Gelegenheit, einen militärischen Erfolg zu verkünden. Durch diesen Prestigegewinn wäre sein Gesichtsverlust begrenzt, den er bei einem Einlenken angesichts der neuen russischen Drohkulisse erleiden würde. Hierbei wäre das größte Opfer der Abzug des eigenen Militärs aus der Oblast Donezk. Da das aktuell mögliche Ziel ein Waffenstillstand im Rahmen eines eingefrorenen Konflikts wäre, bräuchte die ukrainische Führung die Gebietsverluste nicht formell anerkennen.

Im Fall einer Ablehnung der russischen Offerte würde die Ukraine dagegen massive Zerstörungen der Infrastruktur riskieren, was dramatische Folgen für die Wirtschaft hätte. Gleichwohl würde sie die Kontrolle über die vom eigenen Militär gehaltenen Teile des Donbass auf jeden Fall verlieren, denn Russland könnte seine Offensive fortsetzen und auf Odessa und Charkow marschieren.

Die russische Führung müsste ihrerseits vom ursprünglichen Ziel der "Entmilitarisierung und Entnazifizierung" Abstriche machen. Die "Befreiung" des Donbass und anderer mehrheitlich russischsprachiger Regionen würde im eigenen Land dennoch als großer Erfolg gewertet werden. Ebenso dürften beim Einfrieren des Konflikts die Sanktionen größtenteils beendet werden, was der russischen Wirtschaft zum Vorteil gereichen würde.

Allerdings haben die letztgenannten Erwartungen durch die Beschädigung der Pipelines Nord Stream 1 und 2 [einen Dämpfer erhalten](#). Wie, durch wen und in welchem Zeitraum deren Reparatur erfolgen könnte, ist momentan völlig offen. Dabei ist es vor allem die Unersetzbarkeit der russischen Gaslieferungen, die Staaten wie Deutschland dazu bewegen dürfte, die Ukraine bei Bemühungen um eine Beendigung des militärischen Konflikts mit Russland zu unterstützen. Fällt dieses Motiv weg, bringt eine partielle Aufhebung der Sanktionen jenen Staaten nur beschränkten Nutzen. Die Frage des "cui bono" der Sabotageaktion erhält hierdurch eine Antwort.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.